

FREIE BAUERN



Büßer und Bettler ... oder freie Bauern? / Bauern Hartz IV / Wahl in den Niederlanden: Aufstand gegen weltfremde Ideologien / Büsum: Protest gegen totalen Naturschutz / Einstweilige Verfügung gegen Taz-Redakteur Maurin / Wieviel Graichen steckt in den NGOs? / Kirchberg: Wir brauchen keine Transformation der Landwirtschaft, sondern eine andere Agrarpolitik / Marktwirtschaft statt Monopole / Mercosur setzt Ernährungssicherheit aufs Spiel / Laborfleisch – Zellwucherungen gehören nicht auf den Teller / Zweite Runde gegen Milch-Lügen von Jaenicke und du Mont / Moorprojekt: Vernässung differenziert betrachten / Flächenmanagement bei der BVVG / Junglandwirte nicht ausbremsen: Traktorführerschein ab 16 muss bleiben

FREIE BAUERN Deutschland**Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe**

Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitzebel OT Lennewitz

Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201

kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm

Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow

Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen

Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen

Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim

Weiteres Mitglied: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier

Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar

Weiteres Mitglied: Jann-Harro Petersen, 25881 Tating

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:

Reinhard Jung, Telefon 0173-3511680, reinhard.jung@freiebauern.de

Referentin für Fachthemen und Kommunikation:

Frieda Simon, Telefon 0174-1801177, frieda.simon@freiebauern.de

Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:

Anja Giesen, Telefon 0170-5554908, anja.giesen@freiebauern.de

Landesvertretung Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg)

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow

Stellvertretender Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue

Weiteres Mitglied: Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow

Weiteres Mitglied: Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow

Weiteres Mitglied: Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz

Weiteres Mitglied: Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch

Weiteres Mitglied: Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim

Weiteres Mitglied: Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch

Weiteres Mitglied: Matthias Kurth, 03205 Calau OT Settinchen

Weiteres Mitglied: Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Landesvertretung Niedersachsen

Landessprecher: Fokko Schumann, 26524 Hage OT Berumbur

Stellvertretender Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Böttersen OT Höperhöfen

Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar

Weiteres Mitglied: Christian Müller, 29378 Wittingen OT Eutzen

Weiteres Mitglied: Jens Soeken, 26629 Großefehn OT Timmel

Landesvertretung Baden-Württemberg

Landessprecher: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier

Stellvertretender Landessprecher: Markus Federolf, 74632 Neuenstein OT Kleinhirschbach

Weiteres Mitglied: Christine Knobloch-Hiller, 70597 Stuttgart OT Degerloch

Weiteres Mitglied: Andreas Schmid, 76187 Karlsruhe OT Maxau

Weiteres Mitglied: Anton Abele, 73497 Tannhausen

Büßer & Bettler ... oder freie Bauern?

Liebe Berufskollegen,

den unfähigsten Landwirtschaftsminister Europas im eigenen Ländle zu treffen, war das erklärte Ziel unserer Kundgebung vor Schloß Kirchberg am 4. Mai, wo Cem Özdemir zur „Nachhaltigkeitskonferenz“ geladen hatte, um mit überwiegend gleichgesinnten Experten die Transformation von Landwirtschaft und Ernährung zu diskutieren. Wie wir unter denkbar schwierigen Bedingungen eine überraschend breite Medienresonanz erzielt haben, könnt Ihr in diesem Rundbrief lesen. Da war sicher auch ein bisschen Glück im Spiel, trotzdem möchte ich heute mal darauf eingehen, warum wir als immer noch relativ kleine Organisation lieber allein vor Schloß Kirchberg gezogen sind und weshalb es mehr Sinn macht, selber gut als gemeinsam stark zu sein.



Draußen vor dem Schloss haben wir unsere Kundgebung abgehalten für Bauernhöfe statt Agrarkonzerne, Eigenverantwortung statt Bürokraten-Willkür, regionale Erzeugung statt Billigimporte aus Übersee, Marktwirtschaft statt Preisdiktat durch Monopole und Kulturlandschaft statt noch mehr Wildnis. Klare Positionen zu den Themen, wo Agrarpolitik eigentlich für faire Rahmenbedingungen sorgen sollte, die unseren Landwirtschaftsminister aber ganz offensichtlich nicht interessieren, der drinnen über Biolandbau, pflanzliche Ernährung, Tierwohl und Klimaschutz sprechen möchte. Trotzdem dürfen wir nicht vergessen: Auch drinnen saßen Berufskollegen, teilweise ordentliche Bauern, die wir gerne in unseren Reihen hätten. Vor zwei Jahren haben Bauernverband, LSV, BDM und AbL den Abschlussbericht der Zukunftskommission unterschrieben, der unserer Landwirtschaft gigantische Umweltbelastungen unterstellt, daraus den Bedarf für eine grundlegende Transformation ableitet und dafür die Bereitstellung öffentlicher Gelder verlangt. Ihre Kritik an Cem Özdemir konzentriert sich folgerichtig darauf, dass der Minister nicht genug Steuergelder für den Umbau der Landwirtschaft bereit stellt. Ob dieser Umbau notwendig oder gar sinnvoll ist, wird von ihnen oftmals gar nicht mehr in Frage gestellt.

Wir alle haben den Aufbruch 2019 begeistert mitgetragen, spüren noch heute eine Gänsehaut, wenn wir an die großartige Geschlossenheit und Solidarität zurückdenken, die wir bei den Demonstrationen erlebt haben. Ich selber habe damals in Stuttgart die Pressearbeit gemacht und war überwältigt von dem Interesse der Medien, das wir durch unsere schiere Präsenz in Form von unübersehbar vielen Traktoren erzeugen konnten. Dass ich wie viele andere aus der LSV-Bewegung inzwischen bei den FREIEN BAUERN gelandet bin, heißt nicht etwa, dass ich mein damaliges Handeln bereue. Es ist lediglich die schmerzhafteste Erkenntnis, dass alle Stärke nichts nützt, wenn keine Klarheit darüber herrscht, wofür wir sie einsetzen wollen. Wir haben erfahren müssen, dass eine Zukunftskommission, die ja erst aufgrund unserer Proteste eingesetzt wurde, genau das Gegenteil von dem beschließt, was wir damit erreichen wollten – und unsere „Vertreter“ sich kleinlaut fügen. Das müssen wir ihnen nicht übel nehmen, vielleicht sehen sie in dem Umbau tatsächlich ihren betrieblichen Weg oder haben schon soweit mit der Landwirtschaft abgeschlossen, dass es nur noch darauf ankommt, den Ausstieg zu vergolden. Wir müssen einfach mal akzeptieren, dass es in unserem Berufsstand unterschiedliche Sichtweisen gibt.

Die FREIEN BAUERN sind ein Angebot an die große Mehrheit der Berufskollegen, die ihre Betriebe solide weiterführen wollen und dafür faire politische Rahmenbedingungen einfordern. Hervorgegangen nicht aus einer spontanen Verabredung zum Protest, sondern aus der langjährigen professionellen Arbeit des Bauernbundes Brandenburg und deshalb ganz selbstverständlich inhaltlich gut sortiert. Eine Berufsorganisation nur für unsere bäuerlichen Familienbetriebe (keine Großbetriebe) und völlig unabhängig von anderen Interessen (keine Verflechtung mit Parteien, Industrie oder NGOs). Ja, es ist schade, dass wir bis heute keine effiziente Arbeitsteilung hinbekommen – FREIE BAUERN für die große Politik, LSV für die starken Aktionen vor Ort. Und ja, es ist schade, wie viele Berufskollegen inzwischen frustriert sind und keine Hoffnung mehr in politisches Engagement legen. Der Sommer-Rundbrief zeigt, dass unsere politische Arbeit viel umfassender ist als nur das zugegebenermaßen mühsame Klinkenputzen bei Abgeordneten oder Redakteuren. Dass politische Arbeit auch nach innen wirken, Mut machen und Orientierung geben kann. Wir sind keine Büsser und Bettler, wir sind freie Bauern! Lasst uns diese Sichtweise, die uns vereint, weiter tragen ... und auch die frustrierten Berufskollegen nicht aufgeben.

In Kirchberg haben wir gesehen, dass man manchmal am stärksten allein ist, dass man mit 60 Leuten ins ZDF-Morgenmagazin und in die 20-Uhr-Tagesschau kommen kann, wenn man zur richtigen Zeit am richtigen Ort das Richtige tut. Natürlich war auch Glück dabei an diesem Tag, aber kennen wir das nicht? Das Glück ist mit dem Tüchtigen. Ich wünsche Euch noch ein paar ruhige Sommertage und dann eine gute Ernte!

Euer Thomas Frenk (Bundesvertretung der FREIEN BAUERN)

Bauern Hartz IV: Die Schraube ist abgedreht ...

Die neuen Sprachregelungen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik nahm Jann-Harro Petersen, Bundesvertretung der FREIEN BAUERN, im April zum Anlass für ein vielbeachtetes Video: „Vom Grundantrag Agrarförderung zur Einkommensgrundstützung – eine größere Demütigung für jeden freien selbständigen Bauern kann es gar nicht mehr geben als eine solche Wortwahl hier anzuwenden.“ Petersen zieht den Bogen von der Agrarreform 1992, als die Stabilisierung des inländischen Preisniveaus als Ziel der EU-Agrarpolitik abgelöst wurde durch die Ausschüttung zunächst produkt- und später flächenbezogener Gelder und kommt zu dem Ergebnis: „Da hat sich etwas verselbständigt, ist gewachsen wie ein Krebsgeschwür. Es ist in aller möglicher Leute Interesse, dass dieses System so weiterläuft wie bisher, aber ganz sicher nicht in unserem.“ Die Konsequenz für alle Berufskollegen, die ihre Selbstachtung noch nicht verloren haben, könne nur sein: „Werdet freie Bauern“.

Die Mitgliedschaft bei den FREIEN BAUERN ist aber nur ein Schritt – freier Bauer zu werden fange im Kopf an, betont der Milchviehalter aus Tating in Schleswig-Holstein. Wichtig sei es, ganz gleich ob man noch einen Agrarantrag stellt oder nicht, unternehmerische Entscheidungen aus eigener Überzeugung zu treffen ohne Rücksicht auf die staatliche Stütze. Denn für Petersen ist klar, dass dieses System nicht mehr besser wird: „2014/15 hat die EU so genannte Wächtersatelliten hochgeschossen, die jetzt in einem kurzen Zeitintervall unsere Flächen abfotografieren. Die Auswertung erfolgt mit Hilfe künstlicher Intelligenz, ob Verstöße zu erkennen sind. Bei Fragen bekommt man zukünftig Push-Nachrichten auf das Smartphone geschickt und das ganze, weil man einen Antrag stellt auf Einkommensgrundstützung. Liebe Leute,“ schließt Petersen sein Video: „Die Schraube ist abgedreht. Werdet freie Bauern. So geht's nicht weiter.“ Noch am selben Abend: zehn neue Mitglieder!

FREIE BAUERN zur Wahl in den Niederlanden: Aufstand der Wahrheit gegen weltfremde Ideologien



(16.03.2023) Die FREIEN BAUERN haben den Ausgang der niederländischen Provinzwahlen als Weckruf für die deutsche Politik bezeichnet. „Dass eine Protestpartei für den ländlichen Raum aus dem Stand 19 Prozent der Stimmen holt und damit die bestehende Regierung nachdrücklich destabilisiert, sollte all denjenigen zu denken geben, die auch bei uns meinen, den bäuerlichen Berufsstand immer weiter auspressen und erniedrigen zu können“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN. In der aktu-

ellen deutschen Agrarpolitik würden sich fast ausschließlich die weltfremden Ideologien einer selbstgerechten linksliberalen Oberschicht widerspiegeln, bemängelt der 62jährige Ackerbauer aus dem sachsen-anhaltinischen Hohenthurm: „Sie säen nicht, sie ernten nicht, aber sie wissen alles besser.“ Die ständig neuen Umweltsünden, die der heimischen Landwirtschaft angedichtet werden, würden in weiten Teilen der Bevölkerung nicht mehr geglaubt und führten zur Solidarisierung mit den bedrängten Bauernfamilien, vor allem in den ländlichen Regionen. Wolff: „Wir sind mehr als nur zwei Prozent – und wir verlangen, ernst genommen zu werden.“

Als lächerlich bezeichnete Wolff Versuche öffentlich-rechtlicher Medien, die niederländische Bauern-Bürger-Bewegung als Rechtspopulisten zu diffamieren, die weiter die Umwelt vergiften wollen: „Der denkende Medienkonsument fragt sich dann, warum die neue Partei auch den Rechtspopulisten in Größenordnungen Stimmen abgenommen hat und warum sie ihre größten Erfolge im ländlichen Raum feiert, wo die Menschen doch aus eigener Anschauung am besten wissen müssten, wie es um ihre Umwelt bestellt ist.

Das Konzept der FREIEN BAUERN sei nach wie vor, bäuerliche Interessen unabhängig gegenüber Politikern aller Parteien zu vertreten, betont Wolff: „Dafür brauchen wir aber ein Gegenüber, das ehrlich an den Fachthemen interessiert ist und glaubwürdig für seine Werte einsteht, gleich welcher Partei. Solche Politiker treffen wir leider immer seltener.“ Statt dessen nehme er eine pauschal gegen die Landwirtschaft gerichtete Agrarpolitik wahr, bei der sich die etablierten Parteien nur unwesentlich voneinander unterscheiden, so der Landwirt: „Es wird Zeit, die Märchenwelt zu verlassen, in der Kühe gefährliche Klimakiller und Wölfe niedliche Kuscheltiere sind, und sich der Wirklichkeit zu stellen.“

In diesem Kontext beschäftigt uns natürlich auch die Orientierung wichtiger Vertreter der Bauernproteste in Richtung der Partei Freie Wähler. So wurde etwa Anthony Lee mittlerweile als Spitzenkandidat für die Europawahl in Niedersachsen nominiert. Die FREIEN BAUERN bleiben die Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland und somit parteiunabhängig, daran wird sich nichts ändern. Grundsätzlich begrüßen wir aber jedes politische Engagement von Praktikern, vor allem von Landwirten. Der ländliche Raum ist in der öffentlichen Diskussion nach wie vor unterrepräsentiert. Auch für die Demokratie kann es eine belebende Wirkung haben, wenn unterschiedliche Meinungen in der Bevölkerung sich wieder stärker in der Parteienlandschaft widerspiegeln.



Tausend Teufel? Die „Dusenddüwelswarf“, wo die Dithmarscher Bauern im Jahr 1500 das Heer des Dänenkönigs versenkt hatten, war Treffpunkt für die Protestfahrt zur Agrarministerkonferenz in dem schleswig-holsteinischen Küstenstädtchen Büsum. Und tatsächlich waren mehr als tausend Traktoren unterwegs am verregneten 22. März zu der gemeinsamen Demonstration von LSV, Landesfischereiverband und FREIEN BAUERN, die Jann-Harro Petersen mit einer aufrüttelnden Rede eröffnete.

FREIE BAUERN in Büsum: Protest gegen den totalen Naturschutz

(22.03.2023) Die FREIEN BAUERN haben anlässlich der Agrarministerkonferenz in Büsum für ein ganzheitlich-ökologisches Verständnis von Natur plädiert. „Natur ist die ganze belebte Umwelt, also kein bürokratisch definierbarer Zustand, sondern zum Beispiel hier an der schleswig-holsteinischen Westküste eine seit Jahrhunderten von Bauern, Schäfern und Fischern gestaltete Kulturlandschaft im Wandel“, sagte Jann-Harro Petersen von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN zum Auftakt einer mehrtägigen Demonstration vor dem Tagungshotel der Politiker: „In dieser von Gott gesegneten Natur produzieren wir Lebensmittel für Menschen, und es hat weder der Natur noch den Menschen bisher geschadet.“ Zu den Protesten, die sich vor allem gegen die geplante EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur und daraus folgende Bewirtschaftungseinschränkungen richten, haben LSV Deutschland, der Landesfischereiverband und die FREIEN BAUERN aufgerufen.

Bereits die Vorstellung, Natur müsse „wiederhergestellt“ werden, offenbare eine völlig bornierte Herangehensweise der Brüsseler Bürokraten, die sich viele deutsche Agrarpolitiker leider zu eigen gemacht hätten, bedauert Petersen, der nahe Büsum einen Milchviehbetrieb bewirtschaftet: „In der Natur gibt es keinen Ursprungszustand, der wiederhergestellt werden könnte – nichts belegt dies eindrücklicher als unsere Küstenlinie an der Nordsee in den vergangenen 500 Jahren.“ Die EU-Vorgaben würden vielmehr auf eine Wiederherstellung von Wildnis und Hungersnöten zielen und damit auf eine schleichende Enteignung der Menschen, die hier seit vielen Generationen nachhaltig wirtschaften, kritisiert der 45jährige Bio-Landwirt. Aus dem guten Ansatz des Naturschutzgedankens, Rückzugsgebiete für seltene Tiere und Pflanzen vor Zerstörung zu bewahren, sei ein totaler Vormachtsanspruch grüner Ideologen über den ländlichen Raum geworden. Petersen: „Sie wollen uns aus der Fläche drängen, aber wir weichen nicht.“

Ständig vergrößerte Naturschutzgebiete, Vogelschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Wasserschutzgebiete, demnächst auch die Moore als Klimaschutzgebiete, außerdem Biosphärenreservate und Nationalparks sowie immer strengere Regulierungen für die darin wirtschaftenden Betriebe würden zu einer sinkenden regionalen Erzeugung von Lebensmitteln führen, mahnen die FREIEN BAUERN und appellieren an die Agrarminister, den Brüsseler Plänen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. „Das hat nichts mehr mit globaler Verantwortung zu tun, wenn wir unsere ertragreichen Böden verunkrauten lassen und gleichzeitig roden die Brasilianer den Regenwald, um uns noch mehr Agrarprodukte zu liefern“, so Petersen Richtung Tagungshotel: „Die sollen sich hier mal ordentlich durchpusten lassen und dann zu Verstand kommen.“

Wolfsgeheul in der Agrarministernacht

(24.03.2023) Die Nacht dürfte mancher Politiker nicht so schnell vergessen: Lautes, durchdringendes Wolfsgeheul in Büsum, gegenüber dem Tagungshotel der Agrarministerkonferenz, zeitgleich eine riesige Lichtbilderprojektion auf dem Getreidespeicher am Hafen, die im Wechsel zerfetzte Schafe, totgebissene Fohlen und angefressene Kälber zeigt. „Die durch Staatsgewalt abgesicherte Ausbreitung der Wölfe ist blanker Terror gegen



die Weidetierhalter, offensichtlich ist bisher kaum jemandem von den Verantwortlichen bewusst, welche Qualen für die Tiere und welche Seelenqualen für die Menschen mit dem kompromisslosen Festhalten am Schutzstatus des Wolfs verbunden sind“, sagt dazu Reinhard Jung, Politikreferent der FREIEN BAUERN und selber Weidetierhalter im brandenburgischen Lennewitz: „Ich halte das für eine drastische, aber ausgesprochen gelungene Aktion, weil sie etwas von dem enormen psychischen Druck erlebbar macht, dem wir Landbewohner durch das Politikversagen im Umgang mit dem Wolf ausgesetzt sind.“ Mehr als 15.000 Wölfe lebten inzwischen allein in der Europäischen Union – daher müsse der Schutzstatus für die früher bedrohte Art dringend aufgehoben und der Wolf wie jedes andere Wild bejagt werden, fordern die FREIEN BAUERN. Insbesondere Ortschaften und Viehweiden müssten zu wolfsfreien Zonen werden, verlangt Jung: „Als Lebensraum für die Wölfe gibt es in Deutschland viele tausend Hektar Totalreservate, Truppenübungsplätze und Tagebaukippen. Wenn das nicht reicht, haben wir noch Berlin, da ist die Akzeptanz am größten. Bei uns auf dem Land wollen wir die Bestie jedenfalls nicht hören und sehen.“

Unser Mitglied Markus Blome in Büsum am Mikro: „Wenn es einem über den Kopf wächst – auf dem Punkt war ich auch schon mal, alles hinzuschmeißen, aufzugeben, am liebsten auswandern – Ja wohin denn? Die Welt ist doch überall verrückt. Und ich werde niemals abhauen hier, und wisst Ihr warum? Weil das unser Land ist und wir haben es aufgebaut, Eure Eltern, Großeltern, und jetzt sollen es Eure Kinder irgendwann haben. Und wenn Ihr es nicht für Euch tut, tut es für die Kinder und steht auf und macht den Mund auf und lasst Euch den Scheiß nicht länger gefallen.“

Unser Mitglied Cord Meyer auf der Rückfahrt (Hintergrund Elbfähre Wischhafen, am Traktor flattert gold-rot-schwarz), 56.000mal angeklickt auf Youtube: „Es gibt eine richtig starke Protestbewegung. Wir machen das nicht mehr mit – wenn es in groben Unfug übergeht, muss man sich einfach zur Wehr setzen. Wir brauchen keine Agrarwende der Agrarwende, wir brauchen faire Rahmenbedingungen und wir müssen aufhören mit der Bettelei um Subventionen, um Verbraucherwünsche, die im Wolkenkuckucksheim entstanden sind, in irgendeiner Weise zu befriedigen. Wir sehen uns, bis dahin: Weitermachen!“

Wie immer, wenn die Traktoren rollen, hat es auch nach Büsum Versuche gegeben, den Bauernprotest in die rechte Ecke zu stellen. Manche lassen sich das gefallen, wir nicht.

Einstweilige Verfügung gegen Taz-Redakteur Jost Maurin

(27.04.2023) Der Redakteur der Tageszeitung Taz Jost Maurin hatte in einem Beitrag behauptet, die FREIEN BAUERN würden mit der AfD kooperieren – dagegen hat die bäuerliche Berufsorganisation jetzt beim Amtsgericht Halle (Saale) eine Einstweilige Verfügung erwirkt: Maurin darf die Behauptung – unter Androhung eines Ordnungsgeldes von bis zu 250.000 Euro, ersatzweise Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten – nicht wiederholen. Bereits im vergangenen Jahr hatten die FREIEN BAUERN den früheren grünen Bundestagsabgeordneten Friedrich Ostendorff mit einer ähnlichen Verleumdung juristisch in die Schranken gewiesen. Auch von Seiten des Bauernverbandes werde versucht, die unbequeme Konkurrenz in die rechte Ecke zu stellen, bedauert Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN: „Für unsere politischen Gegner ist es offensichtlich unvorstellbar, auf jeden Fall schwer erträglich, dass man Berufspolitik nur für die bäuerlichen Familienbetriebe machen kann, ohne Parteimandate, Aufsichtsratsposten oder Förderbescheide. Genau diese Unabhängigkeit ist aber unser Erfolgsrezept.“

Das Gericht hatte festgestellt, dass Gespräche, wie sie auch mit anderen Parteien geführt werden, nicht ausreichen, um eine „Kooperation“ zu begründen, dass es vielmehr für eine Kooperation zwischen FREIEN BAUERN und AfD keinerlei Anhaltspunkte gibt. Daher sei die von Maurin verwendete Formulierung eine falsche Tatsachenbehauptung, die nicht unter das Recht auf freie Meinungsäußerung fällt. Wolff: „Jede Form von Bindung an eine politische Partei würde unserem Selbstverständnis widersprechen, vielmehr sehen wir es als unsere Aufgabe, mit Politikerinnen und Politikern aller Parteien zu reden und zu versuchen, ihnen die Positionen der bäuerlichen Landwirtschaft nahezubringen. Diese Strategie werden wir unbeirrt weiterverfolgen.“

FREIE BAUERN fragen: Wieviel Graichen steckt in den NGOs?

(19.05.2023) Die FREIEN BAUERN haben nach der Entlassung des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium wegen dessen Förderzusage über 600.000 Euro an den von seiner Schwester geführten BUND-Landesverband Berlin ein größeres Augenmerk auf die Finanzierung so genannter NGOs gefordert. „Die Familienbande von Patrick Graichen sind doch nur eine peinliche Randnotiz in dem Skandal“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Für viel interessanter halte ich die Frage, wie abhängig angebliche Nicht-Regierungsorganisationen inzwischen von Zuwendungen durch die Regierung sind“. Verbände wie BUND, NABU oder WWF würden in der Öffentlichkeit immer noch als selbstlos tätige Anwälte von Natur und Umwelt gesehen, dabei haben sie sich oberhalb ihrer vor Ort aktiven Gruppen längst zu Funktionsapparaten mit undurchsichtiger Finanzierung entwickelt, kritisiert der 57jährige Milchviehhalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen: „In dem aktuellen Jahresbericht des BUND ist jedenfalls nicht ersichtlich, wie hoch die Einnahmen aus öffentlichen Mitteln oder aus Großspenden umweltspezifischer Unternehmen sind.“

Als fragwürdig empfindet Guhl beispielsweise das starke Engagement der etablierten Umweltorganisationen für die Ausbreitung der schon lange nicht mehr bedrohten Wölfe, während gleichzeitig der Protest gegen das von Industrie und Bundesregierung voran-

getriebene Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten erlahmt zu sein scheint. „Im Einsatz für das Großraubtier, das die umweltgerechte Weidehaltung massiv schädigt und damit die Produktion von Rindfleisch hierzulande teuer macht, gibt es in diesen Kreisen bislang keinerlei Kompromissbereitschaft“, wundert sich Guhl: „Bei der geplanten Einfuhr von zusätzlichen 100.000 Tonnen billigem Rindfleisch aus den Agrarfabriken Südamerikas hingegen vertraut man offenbar auf Nachverhandlungen zur Nachhaltigkeit.“ Dass jede Zurückdrängung der heimischen Landwirtschaft mittlerweile als ökologischer Fortschritt wahrgenommen werde ohne die globalen Verschiebungen und deren Folgen zu bedenken, sei ein Ergebnis langjähriger Kampagnen der so genannten NGOs, das den Regierenden zumindest sehr gelegen kommen dürfte.

Dabei wollen die FREIEN BAUERN sich keineswegs gegen professionelle Lobbyarbeit aussprechen, betont Guhl: „Wir verstehen uns ja selbst als Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland und setzen uns dafür ein, dass die Stimme der Bäuerinnen und Bauern in unserer offenen Gesellschaft wieder vernehmbarer wird.“ Allerdings sollten Struktur und Finanzierung jeder Interessenorganisation deutlich zu erkennen geben, wessen Interessen vertreten werden, denn nach wie vor gelte auch in der Politik die alte Volksweisheit: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“



Kraftakt Kirchberg: Während der starke Protest von Büsum leider nur mäßige Medienresonanz erzeugte, versprach die von Cem Özdemir veranstaltete Nachhaltigkeitskonferenz am 4. Mai optimale Kommunikation: Drinnen im Schloss die grüne Blase, draußen laut der grüne Beruf. Mit Markus Federolf, Marcel Herkner und Harald Schwab engagierte Berufskollegen vor Ort. Andererseits hatte das nasse Frühjahr die Feld-

arbeit nach hinten geschoben, der erste Schnitt auf dem Grünland stand an und viele hatten noch keinen Mais gelegt. Würden wir da überhaupt eine Kundgebung hinbekommen? Ein mulmiges Gefühl also, als wir bundesweit aufriefen:

4. Mai, 10 Uhr: Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir lädt ein zu einer Nachhaltigkeitskonferenz ins Biohotel Schloss Kirchberg an der Jagst. Ein grüner Politiker erteilt uns Bauern (mit Höfen, die teils seit Jahrhunderten bestehen) Nachhilfeunterricht in Sachen Nachhaltigkeit. Handverlesene Podiumsgäste aus der bio-vegan-diversen Szene garantieren für harmloses Geplauder unter Gleichgesinnten. Schon allein deshalb müssen wir hin, zur Ehrenrettung der Demokratie. Vor allem jedoch für die Zukunft unserer jungen Bäuerinnen und Bauern, die nicht von den Almosen der Obrigkeit, sondern von ihrer Hände Arbeit leben wollen. Auf unserer Bühne begrüßt Thomas Frenk, Landessprecher der FREIEN BAUERN Baden-Württemberg. Vertreter der bäuerlichen Jugend stellen der grünen „Transformation“ selbstbewusst ihre eigenen Zukunftspläne entgegen. Jann-Harro Petersen von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN klärt auf, weshalb Nachhaltigkeit wenig mit Biolandbau, aber viel mit einer bäuerlichen Agrarstruktur zu tun hat. Und Christian Linne von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN fragt nach, warum der Minister in anderthalb Jahren Amtszeit viel heiße Luft mit Hanf produziert hat, aber den harten Themen – etwa Marktmacht der Monopole oder Preisdruck durch Billigimporte – konsequent ausweicht. Vielleicht kommt Oberlehrer Özdemir ja mal raus aus seinem Schneckenhaus und stellt sich der Debatte über Agrarpolitik. Sonst eröffnen wir auch ohne ihn die Grillsaison 2023. Also, auf nach Kirchberg!

FREIE BAUERN in Kirchberg: Wir brauchen keine Transformation der Landwirtschaft, sondern eine andere Agrarpolitik!



(04.05.2023) Die FREIEN BAUERN haben Cem Özdemir vorgeworfen, sich in einer grünen Blase einzuschließen und kontroversen Debatten über Agrarpolitik auszuweichen. Rund 60 Landwirte aus der Region waren zur Protestkundgebung vor Schloss Kirchberg an der Jagst gezogen, wo der Bundeslandwirtschaftsminister einen handverlesenen Kreis von Gleichgesinnten zur Nachhaltigkeits-

konferenz geladen hatte. „Warum redet er schon wieder über uns und nicht mit uns“, kritisierte Christian Linne von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN unter großem Beifall das Demokratieverständnis des grünen Politikers und stellte die auf der Tagung verhandelte Transformation in Frage: „Wir brauchen keine Transformation der Landwirtschaft, sondern die Agrarpolitik muss sich grundlegend ändern.“ Statt den Betrieben in die Produktion hineinzuregieren sollte der Staat die Rahmenbedingungen verbessern, so der 50jährige Ackerbauer aus dem niedersächsischen Sottmar: „Wir brauchen eine Politik für bäuerliche Familienbetriebe, gegen Agrarkonzerne, für regionale Erzeugung, gegen Importe aus Übersee, für fairen Wettbewerb, gegen die Macht der Monopole. Wo ist der Minister, wenn es um diese harten Themen geht?“

Dass sie den Betrieb solide weiterentwickeln, aber nicht alles anders machen möchte als ihre Eltern, stellte Junglandwirtin Frieda Simon aus dem brandenburgischen Michaelisbruch klar: „Wenn ich für einen neuen Rinderstall alle künftigen Anforderungen erfüllen wollte, müsste ich eine siebenstellige Summe investieren. Also werde ich mir eine Alternative überlegen, aber natürlich werden wir Rinder halten, ob es dem Minister gefällt oder nicht.“ Dass er von seiner Arbeit leben könne, mehr Vertrauen und Wertschätzung, weniger Auflagen und Überwachung wünschte sich Junglandwirt Daniel Bisinger aus dem württembergischen Wolfenhausen: „Vor allem will ich nicht immer mehr Flächen stilllegen oder extensivieren – ich möchte Teil einer leistungsfähigen Landwirtschaft sein, die unsere Bevölkerung ernähren kann.“ Für einen höheren Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln plädierte auch Junglandwirt Marcel Herkner aus dem württembergischen Horkheim: „Die Agrarproduktion darf nicht hierzulande durch Verbote und Auflagen noch weiter verringert und dann durch Freihandelsabkommen nach Übersee verlagert werden.“

„Niemand denkt nachhaltiger als unsere Bauernfamilien, die ihre Höfe oft seit Jahrhunderten bewirtschaften“ rief Jann-Harro Petersen von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN Richtung Konferenz. Während die gesamte übrige Wirtschaft Ressourcen verbrauche, arbeite die Landwirtschaft fast ausschließlich in geschlossenen Stoffkreisläufen, die durch Bodenfruchtbarkeit und Sonnenenergie angetrieben werden, so der 45jährige Milchviehalter aus Tating in Schleswig-Holstein: „Wer echte Nachhaltigkeit will, muss bäuerliche Agrarstruktur stärken und ihre Verbindung aus Eigentum und Arbeit. Deshalb

Schluss mit der staatlichen Bevormundung – auf unseren Betrieben wollen wir das Sagen haben!“ Über den gelungenen Protest freuten sich Thomas Frenk und Markus Federolf von der Landesgruppe Baden-Württemberg der FREIEN BAUERN. Frenk: „Dass wir trotz der arbeitsreichen Zeit hierher gekommen sind, bezeugt unseren Widerwillen gegen die selbstherrliche Politik des Ministers. Wir machen diese Agrarwende einfach nicht mit.“ Während im Schloss Öko-Häppchen gereicht wurden, legten die Bauern draußen Bratwurst auf den Grill. „Natürlich, aus Haltungsstufe 1“, betonte Federolf.

Kleine Demo, große Reichweite: Die Beteiligung war ein Achtungserfolg für unsere Südwestler und dass ein tolles Programm rauskommt, wenn tolle Leute zusammenwirken, war keine Überraschung (schaut Euch die Veranstaltung gern auf unserem YouTube-Kanal an), aber mit einer solchen Medienresonanz hatte niemand gerechnet: Erst die Frankfurter Allgemeine mit einem launigen Vorab-Beitrag, der unter Verweis auf die Bauernkriegsgeschichte von Kirchberg andeutete, dass es für den Minister ungemütlich werden könnte, dann früh das ZDF-Morgenmagazin, tagsüber Interviews mit SWR, RBB, Servus-TV und Deutschlandfunk, sogar topagrar konnte uns nicht ignorieren, und zur Krönung des Abends durfte Thomas Frenk in der 20-Uhr-Tagesschau (10 Millionen Zuschauer) erklären, warum die von Özdemir geplante Halbierung der Tierzahlen zu Billigimporten aus Ländern mit schlechteren Standards führt. Manchmal klappt es einfach .-)

Christian Linne und Jann-Harro Petersen im Interview



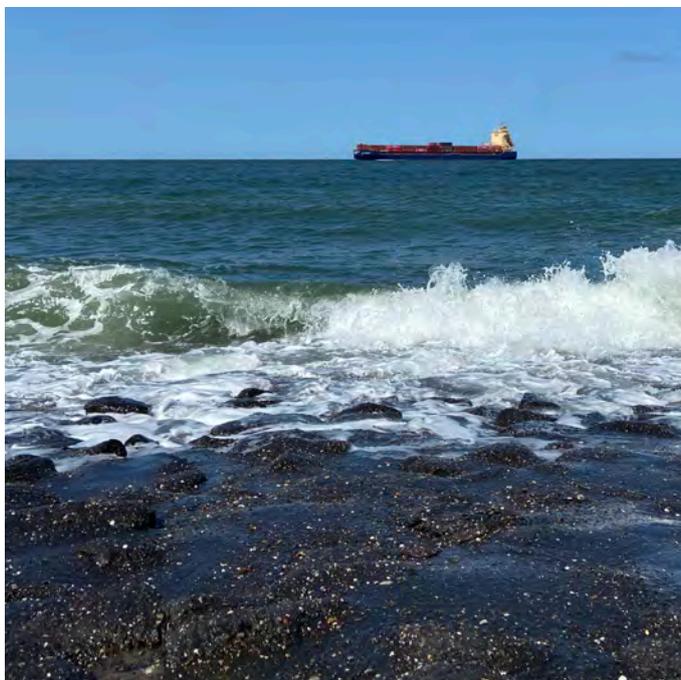
FREIE BAUERN unterstützen Kartellrechtsreform: Marktwirtschaft statt Monopole

(10.04.2023) Die FREIEN BAUERN haben die von der Bundesregierung beschlossene Kartellrechtsreform als „wichtigen Schritt in die richtige Richtung“ begrüßt. Den Anstoß für die Überlegungen hatte zwar die Entwicklung des Mineralölpreises gegeben, die Landwirtschaft sei aber durch monopolartige Strukturen in den vor- und nachgelagerten Bereichen mindestens ebenso von massiven Marktstörungen betroffen, argumentiert Christian Linne von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Wir haben gegenüber Abgeordneten der Koalition immer wieder gefordert, die vom früheren Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle geplante Entflechtung der Großkonzerne in Angriff zu nehmen – mit dem Wettbewerbsdurchsetzungsgesetz entsteht dafür jetzt ein Instrument, das zügig verabschiedet und konsequent angewandt werden sollte.“ Um Einfluss zu nehmen, werden die FREIEN BAUERN beim Bundeswirtschaftsministerium und beim Bundesjustizministerium beantragen, an dem Gesetzgebungsverfahren beteiligt zu werden, kündigt Linne an: „Jedenfalls wollen wir lieber nicht abwarten, ob Cem Özdemir vielleicht irgendwann von selbst darauf kommt, dass es sich bei der Entflechtung der Monopole um ein zentrales Thema für die Wertschöpfung unserer bäuerlichen Betriebe handelt.“

Parallel zur Befassung in Bundestag und Bundesrat sollte die Bundesregierung die notwendigen Sektoruntersuchungen durch das Bundeskartellamt veranlassen, damit gleich bei Inkrafttreten des Gesetzes durchgegriffen werden kann, wünscht sich Linne: „An erster Stelle gilt das für den Lebensmitteleinzelhandel, wo vier Konzerne mehr als 75 Prozent des Umsatzes unter sich ausmachen und Riesengewinne zulasten der Bauern und Verbraucher einfahren.“ Fehlenden Wettbewerb sieht der 50jährige Ackerbauer aus dem niedersächsischen Sottmar aber auch beim Landhandel, den Schlachtunternehmen und den Molkereien. Die Entflechtung der Monopole sei eine zutiefst liberale Forderung im Interesse einer funktionierenden Marktwirtschaft, betont Linne.

Dass sich der Deutsche Raiffeisenverband bereits gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie und der Deutschen Industrie- und Handelskammer gegen das Gesetz ausgesprochen hat, bezeugt aus Sicht Linnés nur, wo die landwirtschaftlichen Genossenschaften 150 Jahre nach ihrer Entstehung als bäuerliche Selbsthilfeorganisationen inzwischen gelandet sind: „Agravis, BayWa, DMK, Westfleisch und andere arbeiten längst nicht mehr im Sinne der Bauern, sondern verfolgen eigene Interessen.“ Die FREIEN BAUERN werden deshalb alles tun, um als von diesen Konzernen unabhängige landwirtschaftliche Organisation die Interessen des bäuerlichen Mittelstandes konstruktiv in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen.

FREIE BAUERN: Geplantes Mercosur-Abkommen setzt die Ernährungssicherheit aufs Spiel



(04.06.2023) Die FREIEN BAUERN haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages aufgefordert, sich konsequent gegen die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten zu stellen. „Die zollfreie bzw. zollermäßigte Einfuhr von 100.000 Tonnen Rindfleisch, 180.000 Tonnen Geflügelfleisch und 180.000 Tonnen Zucker aus Südamerika würde unsere heimische Landwirtschaft einem massiven Preisdruck aussetzen“, sagte Jann-Harro Petersen von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Im Gegensatz zu anderen landwirtschaftlichen Organisationen verlangen die FREIEN BAUERN keine neuen Verhandlungen über Details des Vertragswerks, sondern

sprechen sich grundsätzlich dafür aus, Lebensmittel, die regional in ausreichender Menge produziert werden können, aus solchen Handelsverträgen herauszunehmen, so Petersen. „Angesichts zunehmender Konflikte weltweit und schwindender inländischer Wirtschaftsleistung wäre es unverantwortlich, sich in elementaren Versorgungsfragen abhängig zu machen“, argumentiert der 46jährige Milchviehhalter aus dem schleswig-holsteinischen Tating: „Ganz gleich, was irgendwelche Kommissionen oder Thinktanks über die Zukunft der Landwirtschaft fabulieren, unsere wesentliche Aufgabe bleibt die Sicherstellung der Ernährung im eigenen Land.“

Petersen hält es für illusorisch, in Staaten wie Brasilien ein Zertifizierungssystem zu etablieren, das bei Exportprodukten die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards überwacht: „Wo will man da anfangen bei einer von Großkonzernen kontrollierten Agrarindustrie, die regelmäßig hormonelle Wachstumsförderer einsetzt und hierzulande längst verbotene Pflanzenschutzmittel mit dem Flugzeug ausbringt?“ Aber selbst wenn für die Landwirtschaft der Mercosur-Staaten dieselben strengen Regeln gelten würden wie in der Europäischen Union, wären die geplanten Agrarimporte niemals nachhaltig, kritisiert Petersen: „Wenn mit Schweröl betankte Containerschiffe Massengüter um die halbe Welt transportieren, kann das nicht gut fürs Klima sein – das haben wir mal von den Grünen gelernt, da hatten sie sogar recht“. Dass ausgerechnet der grüne Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir jetzt den Weg ebnet für Agrarprodukte aus dem brennenden Regenwald, sei ein Abgrund an Unglaubwürdigkeit. Die FREIEN BAUERN appellieren daher an alle Bundestagsabgeordneten, dem Abkommen die Zustimmung zu verweigern und sich nicht von einem „Greenwashing“ durch Nachverhandlungen beeindrucken zu lassen.

FREIE BAUERN für Verbot von Laborfleisch: Zellwucherungen gehören nicht auf den Teller!

(02.04.2023) Die FREIEN BAUERN haben das Verbot der Produktion von Laborfleisch durch die italienische Regierung begrüßt. „Damit stellt sich erstmals ein Land gegen den Anspruch multinationaler Konzerne, mit falschen Versprechungen und Lügen über die Landwirtschaft die Proteinversorgung der Menschheit unter ihre Kontrolle zu bringen“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. In der Natur komme unbegrenzte Zellteilung vor allem als Krankheit in Form von Krebsgeschwüren vor, mahnt der 57jährige Milchviehhalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen und plädiert aus Umwelt- und Verbraucherschutzgründen für ein Verbot auch in Deutschland: „Im Prinzip ist Laborfleisch nichts anderes als eine technisch gesteuerte Zellwucherung, ermöglicht durch einen gigantischen Energieverbrauch, der unter keinen Umständen nachhaltig sein kann. Dieser Dreck gehört nicht auf unsere Teller.“

Scharf kritisiert Guhl, dass inzwischen sogar die agrarpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion Renate Künast Stimmung für Laborfleisch macht: „Auf den Feldern und Wiesen, wo heute das Futter für die Tiere wächst, die wir auf unseren Höfen halten und deren Fleisch wir essen, stehen künftig Solarmodule und liefern den Strom, mit dem in riesigen Bioreaktoren künstliches Fleisch hergestellt wird – soll das etwa die neue grüne Zukunftsvision von Landwirtschaft und Ernährung sein?“ Bisher habe nur der industriehörige Flügel der FDP solche irrwitzigen Positionen vertreten, wundert sich Guhl: „Offensichtlichen Blödsinn als Zukunftstechnologie zu verkaufen, war bislang ein Privileg von Politikern mit sehr enger Anbindung an das große Geld. Wahrscheinlich ist Frau Künast nach ihren wilden Jahren da angekommen, wo sie schon immer hingehörte.“

Jedenfalls geht Künasts Behauptung, die „zellkulturbasierte Fleischproduktion“ verspreche eine „effizientere und klimafreundlichere Produktionsweise“ nach Einschätzung der FREIEN BAUERN völlig an der Realität vorbei. „Keine Fabrik der Welt wird Proteine für die menschliche Ernährung jemals wirtschaftlicher und nachhaltiger produzieren können als wir Bauern mit unseren Nutztieren“, ist Guhl überzeugt. Indem sie unmittelbar mit den natürlichen Ressourcen Sonnenenergie, Regenwasser und Bodenfruchtbarkeit arbeitet, habe die Landwirtschaft einen klaren ökologischen und ökonomischen Vorteil, so Guhl: „Deshalb brauchen wir keine politischen Märchenerzähler, die im Interesse der großen Kon-

zerne unsere bäuerliche Viehhaltung schlechtreden und mithilfe von Steuern und Auflagen schlechter stellen.“ Das Verbot von Laborfleisch hingegen wäre ein deutliches Signal zugunsten einer sicheren, gesunden und natürlichen Ernährung.

FREIE BAUERN warnen vor Investitionen in den Umbau der Tierhaltung

(05.05.2023) Die FREIEN BAUERN haben ihre Mitglieder anlässlich der heutigen Sonder-Agrarministerkonferenz vor Investitionen in den politisch geforderten Umbau der Tierhaltung gewarnt. „Ganz gleich, wie viele Milliarden die CDU-Länderminister dem grünen Bundesminister am Ende für das Umbauprogramm abringen – wir sollten uns nicht verleiten lassen, unser schwer verdientes Geld in teure Haltungssysteme zu stecken, von denen wir selbst nicht überzeugt sind oder die am Markt nicht verlangt werden“, sagte Malte Voerste von den FREIEN BAUERN Nordrhein-Westfalen. Wer ohnehin eine Baumaßnahme plane und über entsprechende Absatzwege verfüge, könne die Förderung natürlich mitnehmen, rät der 53jährige Schweinemäster aus Lünen – sich auf die angekündigten staatlichen Zuwendungen zu verlassen sei dagegen höchst riskant: „Weshalb sollte ich meinen konventionellen Stall für 1200 Schweine jetzt aufwändig umbauen, wenn ich mit der Haltungsform zufrieden bin und keine Nachfrage nach anderen Haltungsformen erkennen kann?“

Dass der von den Agrarministern favorisierte Umbau automatisch das Tierwohl verbessern würde, lässt Voerste nicht gelten, der täglich kontrolliert, wie es seinen Schweinen geht: „Nutztierhaltung ist Teil der menschlichen Kultur seit vielen Jahrhunderten und war immer gekennzeichnet durch das Bemühen, den Tieren Schutz und ausreichend Futter zu bieten und damit bessere Lebensbedingungen als sie sie in der Wildnis vorfinden würden.“ An der gegenwärtigen Debatte um mehr Tierwohl stört ihn, dass angenommene Bedürfnisse von Tieren von Theoretikern in starre technische Standards umgemünzt und dann den Praktikern als einziger zukunftsfähiger Weg vorgehalten werden. Voerste: „Viel wichtiger als die Frage Strohstall oder Spaltenboden ist doch, ob sich der Eigentümer persönlich um die Tiere kümmert und das jeweilige Haltungssystem so betreibt, dass optimale Ergebnisse erzielt werden.“ Das sei auf bäuerlichen Betrieben mit überschaubaren Tierzahlen am besten gewährleistet. Jeder staatliche Druck schade daher dem Tierwohl, indem er kleinere Höfe zur Aufgabe veranlasse.

Bei vielen Agrarpolitikern sei inzwischen keineswegs mehr klar, ob sie Nutztierhaltung in Deutschland überhaupt noch wollen, kritisieren die FREIEN BAUERN. „Einerseits Milliarden für den Umbau locker machen, andererseits die Wege ebnen für Billigfleisch aus Südamerika und Kunstfleisch aus dem Bioreaktor, das passt nicht zusammen“, meint Voerste und empfiehlt seinen Berufskollegen, Ruhe zu bewahren: „Unsere Ställe stehen und halten noch viele Jahre, in denen wir mit unseren Tieren naturnah und kostengünstig produzieren können. Schauen wir mal, wer länger durchhält.“

Zweite Runde gegen Milch-Lügen von du Mont und Jaenicke

(15.06.2023) Die Unterlassungsklage von Peter Guhl, Milchviehhalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen und Mitglied der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN, gegen den Schauspieler Sky du Mont und den Buchautor Hannes Jaenicke geht in die zweite Runde. Du Mont hatte am 25. November des letzten Jahres in einer Talkshow von Radio

Bremen behauptet, alle Kälber aus der Milchviehhaltung würden in Container geschmissen, wo sie bei lebendigem Leib ersticken, Jaenicke hatte das bestätigt und behauptet, Milchviehhaltung sei eine bestialische Industrie, bei der die Kühe ständig schwanger gehalten und medikamentös behandelt würden. Gegen diese unwahren Tatsachenbehauptungen hat die von Guhl beauftragte Kölner Anwaltskanzlei Stiletto jetzt Klage im Hauptsacheverfahren eingereicht, nachdem der Eilantrag durch das Landgericht Bremen wegen angeblicher Nicht-Betroffenheit abgewiesen worden war. Guhl: „Die Lügen dieser beiden Herren sind zwar ein Schlag ins Gesicht aller Milchviehhalter, als Direktvermarkter bin ich allerdings in besonderer Weise persönlich betroffen, habe Kunden verloren, meine Mitarbeiter wurden beschimpft. So einfach kann sich das Gericht das nach meinem Rechtsverständnis nicht machen.“

Beim Hauptsacheverfahren wird es eine öffentliche Verhandlung geben, in der beide Parteien mündlich angehört werden müssen. „Ich vertraue darauf, dass die Richterinnen und Richter von Angesicht zu Angesicht und konfrontiert mit der ungeheuerlichen Absurdität der Behauptungen erkennen werden, dass meine Persönlichkeitsrechte gegen solche widerwärtigen Anwürfe geschützt werden müssen“, begründet Guhl seine Hartnäckigkeit. Vor allem in den öffentlich-rechtlichen Medien würden immer wieder tendenziöse Beiträge über die heimische Landwirtschaft publiziert, gegen die sich der Berufsstand nur mit geduldiger Aufklärungsarbeit wehren könne, räumt Guhl ein: „Aber dieser Fall ist anders, weil hier zwei noch dazu prominente Talkgäste mit einer unerhörten Arroganz reine Horrormärchen verbreiten, die sie sich nachweislich ausgedacht haben, weil es in der Wirklichkeit nicht einmal Anhaltspunkte für die geschilderten Zustände gibt.“ Während andere Verbände sich mit halbseidenen Entschuldigungen zufriedengegeben haben, bestehen die FREIEN BAUERN darauf, dass die beiden Lügner eine strafbewehrte Unterlassungserklärung abgeben. Guhl: „Ich will meine persönliche Integrität als Milchviehhalter nicht mehr von solchen Scharlatanen beschmutzen lassen.“



FREIE BAUERN zum geplanten Verbot von Holzheizungen: Großes Missverständnis über die Natur

(23.04.2023) Die FREIEN BAUERN haben das von der Bundesregierung geplante Verbot von neuen Holzheizungen als energiepolitischen Irrsinn und Angriff auf den ländlichen Raum bezeichnet. „So lange wir nicht mehr Holz verheizen als in unseren Wäldern und Hecken nachwächst, arbeiten wir klimaneutral und nachhaltig“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN. Der heute inflationär und oftmals sinnentleert verwendete Begriff der Nachhaltigkeit sei vor mehr als zweihundert Jahren in der Forstwirtschaft entstanden, um genau dieses Prinzip zu beschreiben. Brennholz zu machen gehöre für die Menschen auf dem Land außerdem seit jeher zur persönlichen Freiheit, so der 62jährige Ackerbauer aus dem sachsen-anhaltinischen Hohenthurm: „Durch Bewirtschaftung unserer eigenen Wälder und Hecken können wir uns ein Stück weit unabhängig vom Preisdiktat der großen Energieversorger machen. Das ist zwar mit viel Arbeit verbunden, aber ein wichtiger Bestandteil unserer Lebensqualität.“

Dass Holzheizungen jetzt vom grünen Tisch herab als klimaschädlich eingestuft werden, sei Ausdruck eines großen Missverständnisses über die Natur, bemängelt Wolff: „Aus demselben Grund sollen unsere Nutztiere mit ihren Ausgasungen angeblich das Klima belasten. Dabei können sie gar nicht mehr CO₂ ausstoßen, als die Futterpflanzen, die sie fressen, vorher an CO₂ aufgenommen haben. Auch das Holz ist nur gewachsen, weil die Bäume und Sträucher vorher enorme Mengen an CO₂ gebunden haben.“ Indem die Bundesregierung diese natürlichen Kreisläufe genauso entschieden bekämpfe wie den hemmungslosen Verbrauch fossiler Rohstoffe, würden ihre gesamte Anstrengungen für den Klimaschutz unglaublich, kritisieren die FREIEN BAUERN und warnen vor dem totalitären Anspruch der selbsternannten Weltenretter. Wolff: „Nach derselben irrwitzigen Logik müsste man am Ende den Menschen das Atmen verbieten.“

Wolff rät allen Klimafreunden, das Erwachen der Natur in diesen Tagen aufmerksam zu beobachten und sich an ihren Biologieunterricht zu erinnern: „Im Zentrum dieses Wunders steht die Fotosynthese, bei der Pflanzen unter Licht Kohlendioxid und Wasser in Zucker und Sauerstoff umwandeln. Land- und Forstwirtschaft ist damit die effektivste denkbare Nutzung von Sonnenenergie und der einzige Teil unseres hochkomplexen ökonomischen Systems, der nicht auf Raubbau beruht, sondern auf Anbau. Grüner als wir ist niemand.“

Forschungsprojekt der FREIEN BAUERN: Vernässung von Mooren differenziert betrachten



(13.06.2023) Startschuss für das Moorschutz-Projekt der FREIEN BAUERN im ostfriesischen Timmel – vergangene Woche nahmen Mitarbeiter des renommierten Berliner Hydrogeologen Stephan Hannappel sechs Messstellen in Betrieb, die in den kommenden zwölf Monaten Aufschlüsse über die Entwicklung der Grundwasserstände in Abhängigkeit von den Niederschlägen und den Wasserständen der Oberflächengewässer liefern werden. „Viele aktuelle Planungen zum Moorschutz entbehren bisher jeder

fachlichen Grundlage, vor allem wenn Moorgrünland pauschal unter Wasser gesetzt und damit angeblich CO₂ eingespart werden soll“, begründet Fokko Schumann, Landessprecher der FREIEN BAUERN Niedersachsen, das vom Verband finanzierte Forschungsvorhaben: „Wir möchten beispielhaft aufzeigen, wie Moorböden auf das unterschiedliche Wasserangebot im Jahresverlauf reagieren, um eine solide Datengrundlage für die Modellierung von tatsächlich am Standort umsetzbaren Vernässungsszenarien zu erhalten.“ Mit ihrer Untersuchung betreten die FREIEN BAUERN Neuland, denn sie stellen erstmals die Klimawirkung der geplanten Maßnahmen auf den Prüfstand und eröffnen die Möglichkeit, bei der Vernässung zu differenzieren, so der 41jährige Nebenerwerbslandwirt: „Von einer standortangepassten Anhebung der Grundwasserstände können Landwirtschaft und Klimaschutz gleichermaßen profitieren.“

Begonnen wurden die Arbeiten auf dem intensiv genutzten Grünland des Landwirtschaftsbetriebs von Jens Soeken im Niedermoor Fehntjer Tief bereits vor einigen Wochen mit

Erkundungsbohrungen, bei denen Torfschichten mit einer Mächtigkeit von bis zu sieben Metern festgestellt wurden. Sechs dieser Bohrungen in dem etwa hundert Hektar großen Gebiet wurden nun als Messstellen eingerichtet und mit einem Datenlogger versehen, der die Grundwasserstände tagesaktuell per Internet in das Büro von Hannappel sendet. Alle weiteren hydrogeologisch relevanten Daten werden ohnehin durch amtliche Stellen erfasst und dem Büro jetzt zur Verfügung gestellt. Schumann: „In einem Jahr können wir damit eine fachlich fundierte Aufarbeitung des Vernässungspotenzials im Fehntjer Tief liefern.“

Ursprünglich geplant hatten die FREIEN BAUERN Untersuchungen an drei Standorten, aber die Vorbereitungen erwiesen sich als recht schwierig. „Nicht alle ins Auge gefassten Flächen waren überhaupt für Vernässung geeignet, außerdem brauchten wir das Einvernehmen mit den Wasserbehörden, den Gewässerunterhaltungsverbänden und den Grundstückseigentümern“, berichtet Schumann. Die Herausforderungen seien ungleich höher bei einem Forschungsprojekt, das nicht auf staatliche Veranlassung, sondern auf Freiwilligkeit beruht. Nach dem erfolgreichen Start in Timmel werden weiterhin Standorte geprüft, um die Untersuchung mittelfristig zu ergänzen und ihre Aussagekraft zu verstärken.

Für unser Moorprojekt fallen die ersten Kosten an ... die wir selbstverständlich aus unserem von allen Mitgliedern finanzierten Haushalt tragen können. Trotzdem würden wir uns freuen, wenn sich noch ein paar mehr Betriebe, die auf Moorstandorten wirtschaften, an der Untersuchung finanziell beteiligen. Die Ergebnisse sollen uns in der Debatte um Moorschutz stärken, sie können aber auch betroffenen Betrieben als methodischer Ansatz dienen, gegen geplante Überstauungen vorzugehen. Wer sich am Projekt beteiligt, erhält eine für den Betrieb steuerlich verwertbare Rechnung und ab einem Betrag von 1000 Euro die komplette Studie. Mehr auf unserer Homepage unter: „Auf ins Moor – wir haben was vor“.

Künftige Grundsätze für das Flächenmanagement bei der BVVG

(03.04.2023 / Stellungnahme FREIE BAUERN gegenüber dem Bundesfinanzministerium)
Sehr geehrte Frau Dr. Klas, vor unsere Stellungnahme zu den Grundsätzen möchte ich zwei grundsätzliche Bemerkungen stellen:

1. Der Übergang von Privatisierungsgrundsätzen zu Flächenmanagement-Grundsätzen beschreibt eine politische Kehrtwende, die wir für falsch halten. Auch wenn Art und Geschwindigkeit der Privatisierung in der Vergangenheit alles andere als überzeugend waren, ging es bisher darum, die Flächen in private Hände zu geben, während inzwischen offensichtlich ein dauerhafter Verbleib in öffentlicher Hand als Spielwiese aktueller politischer Ideologien angestrebt wird. Dies halten wir zum einen unter fiskalischen Gesichtspunkten für fragwürdig, zumal damit die kostspielige Unterhaltung eines opulenten Apparates mehr oder minder kompetenter Immobilienkaufleute einhergeht. Zum anderen haben wir in den mehr als 30 Jahren Erleben dieses Apparates jeden Glauben daran verloren, dass von einer fortgesetzten Tätigkeit der BVVG noch eine positive agrarstrukturelle Wirkung ausgehen kann. Je schneller also die BVVG abgewickelt wird, desto besser für den Staatshaushalt und desto besser für die ländlichen Räume Ostdeutschlands.
2. Die unentgeltliche Übertragung von mehr als 15.000 ha Flächen in das Nationale Naturerbe und damit in einen Verbund öffentlicher und privater Naturschutzorganisationen ist Ausdruck einer kurzsichtigen Umweltpolitik, die wir seit langem bekämpfen. Der Entzug landwirtschaftlicher Flächen für Naturschutzzwecke führt zunehmend dazu, dass

der Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln sinkt und der Anteil an Agrarimporten aus Ländern mit schlechteren sozialen und ökologischen Standards steigt. Statt Naturschutz-Ziele mit einer hochproduktiven bäuerlichen Landwirtschaft in Einklang zu bringen, geht es dieser Politik um Verdrängung von Landwirtschaft und Flächengewinne für Wildnis. Dass im Falle der Übertragung von BVVG-Flächen der Staat nicht auf bäuerliches Eigentum zugreift, sondern eigene Flächen missbraucht, macht die Sache im Ergebnis nicht besser. Wir brauchen eine ganzheitliche Umweltpolitik, in der die Ernährungssicherung aus heimischer Landwirtschaft Vorrang vor praxisfernen Wildnisphantasien bekommt.

Dies vorausgeschickt nehmen wir gerne zu den Vergabegrundsätzen wie folgt Stellung: Es ist das Bemühen zu erkennen und anzuerkennen, die Vergabe nicht mehr ausschließlich an die vergleichsweise kleine Gruppe der ökologisch wirtschaftenden Betriebe vorzunehmen. Das hierfür entwickelte Punktesystem wirkt jedoch konstruiert und in seinen Auswahlkriterien schwer anwendbar. Insbesondere wird dadurch der Begriff Nachhaltigkeit, der ökonomische, ökologische sowie soziale Stabilität beschreibt und für fast alle bäuerlichen Betriebe zutreffen dürfte, auf unsinnige Weise eingeeengt. Wir schlagen statt dessen vor, die Vergabe ausschließlich nach den folgenden agrarstrukturellen Kriterien vorzunehmen: Zur Teilnahme an Pachtausreibungen berechtigt sind alle Landwirtschaftsbetriebe im Umkreis von 25 Kilometern, deren Eigentümer zu mindestens 75 Prozent selbständige ortsansässige Landwirte sind. Zur Teilnahme an Kaufausreibungen berechtigt sind selbständige ortsansässige Landwirte, also natürliche Personen, die in den vergangenen 30 Jahren nicht bereits (direkt oder anteilig über ihren Betrieb) mehr als 100 ha Flächen von der BVVG erworben haben. Über die Vergabe entscheidet der Preis.

Mit freundlichen Grüßen Malte Ehrenberg Arbeitsgruppe BVVG bei den FREIEN BAUERN

FREIE BAUERN Brandenburg: Landtagsabgeordnete sollen das Agrarstrukturgesetz retten

(29.05.2023) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben an die Landtagsabgeordneten appelliert, das Verfahren zum Agrarstrukturgesetz an sich zu ziehen. Der vom Landwirtschaftsministerium vorgelegte Entwurf sei „in Gänze ungeeignet“, heißt es in einer Stellungnahme des Verbandes. „Wir befinden uns erneut in einer Situation, wo der breite politische Wille, ortsansässige Landwirte gegen überregionale Investoren zu stärken, durch Teile der Ministerialbürokratie blockiert wird“, sagte Politikreferent Reinhard Jung, Nebenerwerbslandwirt aus Lennowitz. Statt einer klaren und praktisch umsetzbaren Bevorteilung selbständiger ortsansässiger Landwirte beim Flächenerwerb enthalte der Gesetzentwurf ein „Sammelsurium schädlicher, wirkungsloser und überflüssiger Regelungen“, kritisieren die FREIEN BAUERN und nennen unter anderem die Gleichstellung gemeinnütziger Organisationen mit Landwirten, den staatlichen Flächenkauf auf Vorrat, die Gründung einer eigenen Siedlungsgesellschaft und die Regulierung des Pachtmarktes. Jung spricht sich für einen völligen Neubeginn des Verfahrens aus, indem zunächst ein politisch zielführendes und rechtssicher anwendbares agrarstrukturelles Leitbild formuliert und dann ein Landesgesetz in enger Anlehnung an das bestehende Grundstücksverkehrsgesetz beschlossen wird. Jung: „Noch ist es nicht zu spät für eine Kurskorrektur. Wenn die Abgeordneten beim Agrarstrukturgesetz jetzt das Heft des Handelns in die Hand nehmen, kann dieser wichtige Punkt des Koalitionsvertrages noch zum Wohle unserer heimischen Landwirtschaft verwirklicht werden.“



FREIE BAUERN: Junglandwirte nicht ausbremsen – Traktorführerschein ab 16 muss bleiben

(02.06.2023) Die FREIEN BAUERN haben die Forderung des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) nach Anhebung des Alters für den Traktorführerschein von 16 auf 18 Jahre scharf kritisiert. „Der GDV ist einer der finanzstärksten

Lobbyverbände des Landes, unterhält eine eigene Abteilung für Unfallforschung und stellt eine solch gravierende Forderung auf, ohne über seriöses Zahlenmaterial zu verfügen“, wundert sich Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Dass Junglandwirte überproportional an landwirtschaftlichen Verkehrsunfällen beteiligt wären, ist nach wie vor durch keinerlei Altersstatistik belegt – der Vorschlag des GDV-Unfallforschers Siegfried Brockmann sei daher eine „bodenlose Frechheit gegenüber leistungsbereiten jungen Menschen, die ihre Fähigkeiten durch eine schwierige Fahrprüfung unter Beweis gestellt haben“, so der 51jährige Landwirt aus dem hessischen Ziegenhagen, der selbst seit seinem zwölften Lebensjahr unfallfrei Traktor fährt, seit dem 16. Lebensjahr natürlich auch auf öffentlichen Straßen: „Viele unserer Junglandwirte sind durch die langsame Heranführung bei der Feldarbeit deutlich sicherer im Umgang mit motorisierten Fahrzeugen als Gleichaltrige aus der Stadt – die Technik-Begeisterung der nächsten Generation darf nicht durch unqualifizierte Vermutungen irgendwelcher Theoretiker ausgebremst werden.“

Die vom GDV zu Recht bemängelte höhere Unfallquote von landwirtschaftlichen Fahrzeugen kann nach Beobachtungen der FREIEN BAUERN auch auf zunehmende Rücksichtslosigkeit bei anderen Verkehrsteilnehmern zurückzuführen sein. „Früher war es selbstverständlich, dass ein Privat-PKW einer landwirtschaftlichen Zugmaschine auf einer schmalen Straße ausweicht, heute besteht der Gegenüber oft auf seinem Recht und es kommt zu Blockaden“, weiß Ehrenberg aus eigener Erfahrung. Wie in den gegenwärtigen politischen Debatten werde Landwirtschaft auch im Straßenverkehr oft nur noch als störendes Hindernis wahrgenommen, bedauert der Ackerbauer: „Ein bisschen mehr Respekt vor unserer Arbeit, für die wir nunmal Großtechnik brauchen, und ein defensiver Fahrstil auf allen Seiten würden die Unfallzahlen sicher wirksamer senken als die vom GDV vorgeschlagenen Verbote und Auflagen. Manchmal wünscht man sich die Kuhherde zurück, die durch die Dorfstraße in den Stall getrieben wird – als Sinnbild für Entschleunigung und als Erinnerung daran, dass der wichtigste Beruf der Welt eigentlich immer Vorfahrt hat.“

Ein herzliches Dankeschön an Sara Collmann, die aufgrund der betrieblichen Belastung als Landesreferentin Niedersachsen aufhört. Sara war drei Jahre dabei, hat maßgeblich bei unseren aus Ostfriesland entstandenen Aktivitäten Düngeklage und Moorprojekt mitgearbeitet und das Wachstum der Landesgruppe Niedersachsen auf mittlerweile mehr als 230 Mitglieder begleitet. Kontakt zur Landesgruppe also künftig direkt über die Landesvertretung siehe Seite 2, Telefonnummern und E-Mails auf unserer Homepage unter „Initiative“.

Und hier kommt für Internet-Muffel eine Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan.
Gern per Post an: FREIE BAUERN, Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitzebel

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort:

Unterschrift: